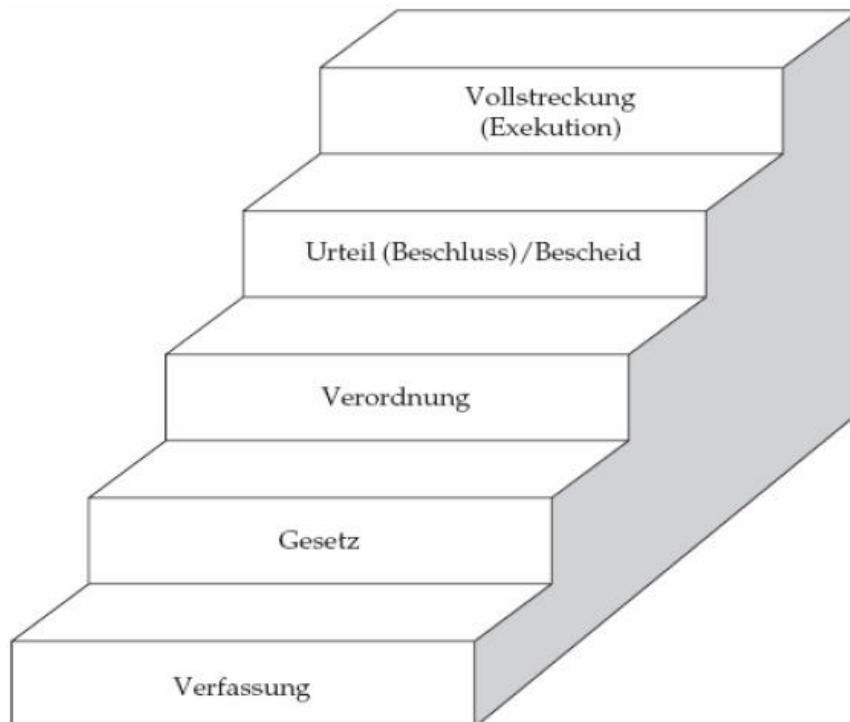


Grundlagen und Praxis der medizinischen Versorgung

Vock, SS 2006, Fragenkatalog

Anregungen bitte an jeremy.bradley@gmx.net

1. Erklären Sie kurz den Stufenbau der Rechtsordnung.



* Die Verfassung (B-VG – Bundesverfassungsgesetz) ist das Fundament der Rechtsordnung. Sie enthält Regeln über Organe, welche Gesetze erlassen und vollziehen sollen bzw. über die Verfahren, die dabei anzuwenden sind. Die Verfassung beinhaltet Grundprinzipien von elementarer Bedeutung, die einem höheren Schutz gegen Abänderung unterliegen.

* Gesetzesgebung passiert auf Bundesebene und auf Landesebene. Die Gesetzesgebung auf Bundesebene wird vom Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat ausgeführt, auf Landesebene sind die Landtage verantwortlich. Gesetze müssen mit der Verfassung verträglich sein.

* Verordnungen, Urteile und Bescheide passieren auf weit „kleinerer Ebene“, eventuell auf Bezirks- oder Gemeindeebene und betreffen meist juristische Einzelfälle, und haben auf der Verfassung und auf Gesetzen zu basieren.

2. Was sind die Grundprinzipien der Verfassung? Zählen Sie mindestens 3 davon auf.

Ein Grundprinzip der Verfassung ist ein Prinzip von derart elementarer Bedeutung, dass es einem höheren Schutz vor Abänderungen unterliegt als einfache Bundesverfassungsgesetze.

* Das demokratische Prinzip: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus ☞ garantiert Wahlrecht, regelt Volksbegehren, Volksbefragungen, Parteiengründungen und gewählte Gesetzgebungsorgane.

* Das republikanische Prinzip: Republikanischer Bestandteil der Österreichischen Verfassung ist die Stellung des Bundespräsidenten – ein zeitlich begrenztes Amt, das rechtlicher und politischer Verantwortlichkeit unterliegt.

* Das bundesstaatliche Prinzip: Österreich ist ein Bundesstaat, Bund und Länder haben eigene Gesetzgebungen, Vollziehungen und Finanzwirtschaften.

* Gewaltentrennung: Gesetzgebung, Vollziehung der Gesetze und Rechtssprechung sind voneinander getrennt zu sein.

* Das Rechtsstaatprinzip: Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden.

* Das liberale Prinzip: Grund- und Freiheitsrechte sind zu garantieren.

3. Welche Institutionen in Österreich dürfen Gesetze erlassen? Was ist die Kompetenzverteilung in der Verfassung?

Gesetzesgebung passiert auf Bundesebene und auf Landesebene. Die Gesetzgebung auf Bundesebene wird vom Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat ausgeführt, auf Landesebene sind die Landtage verantwortlich. Seit EU-Beitritt gibt es auch Rechtsakte der Europäischen Instanzen, die in Österreich auf Bundesebene wirksam sind (z.B. Richtlinien), wobei der Nationalrat auch an der Willensbildung der EU beiträgt. Die österreichische Bundesverfassung regelt auch welche gesetzgebende Körperschaft (Bund oder Länder) zur Gesetzgebung in welchen Materien zuständig ist.

4. Erklären Sie die Begriffe: Bundesgesetz, Landesgesetz, Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung. Für welchen Bereich des Gesundheitswesens hat die Grundsatzgesetzgebung besonders Bedeutung?

* Bundesgesetz: von Nationalrat in Kooperation mit Bundesrat erlassenes Gesetz

* Landesgesetz: von Landtag eines Bundeslandes erlassenes Gesetz

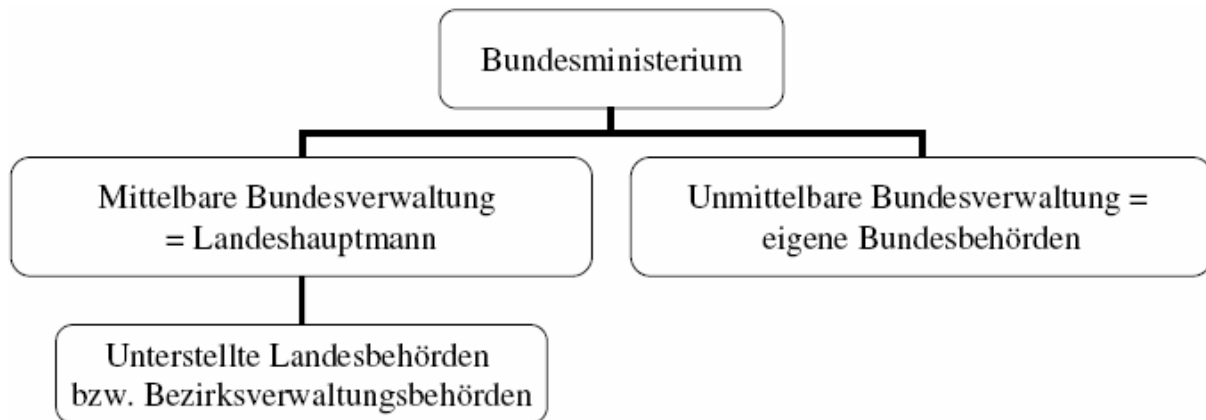
* Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung: Der Bund erlässt Grundsatzgesetze mit groben Leitlinien. Die Länder regeln in Ausführungsgesetzen (Landesgesetzen) die Details.

Die Grundsatzgesetzgebung hat besondere Bedeutung für das Spitalwesen.

5. Welche Ebenen der Bundesverwaltung gibt es? Was ist der Instanzenzug? Was ist die mittelbare Bundesverwaltung? Welche Gesetze werden in der mittelbaren Bundesverwaltung vollzogen?

Die obersten Verwaltungsorgane des Bundes sind der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Vizekanzler, die Bundesminister und die Bundesregierung. Diese „Obsten Organe“ stehen an oberster Stelle im hierarchischen Staatsaufbau. Die

Verwaltung des Bundes ist in Ministerium unterteilt, deren Aufbau wie folgt aussieht:



Die mittelbare Bundesverwaltung umfasst Bereiche, welche nicht direkt durch Behörden des Bundes (z.B. Finanzämter, Zollämter, ...) verwaltet werden können. Diese Bereiche werden also über den Landeshauptmann auf Landesbehörden delegiert und sind für die Exekution des B-VG auf Landesebene zuständig.

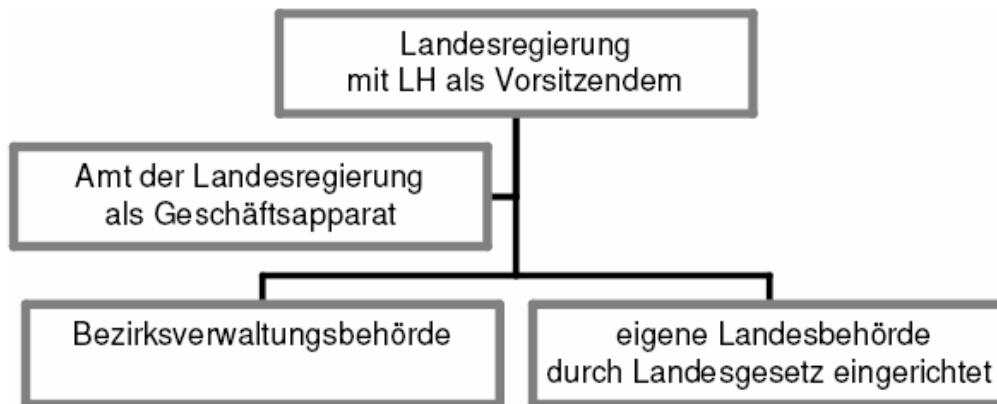
Beim Instanzenzug ist die erste Instanz das (Gesundheits-) Amt (in Wien), die zweite Instanz der Landeshauptmann und die dritte Instanz der oberster Minister des Ministeriums für Gesundheit.

6. Welche Ebenen der Landesverwaltung gibt es? Wie ist der Instanzenzug? Welche Gesetze werden in der Landesverwaltung vollzogen?

Das oberste Organ der Landesverwaltung ist die Landesregierung, von der der Landeshauptmann der Vorsitzende ist (auch Organ der mittelbaren Bundesregierung ↗ Schnittstelle). Als Geschäftsapparat steht der Landesregierung / dem Landeshauptmann das Amt der Landesregierung zur Verfügung. Unterste Ebene bilden die Bezirkshauptmannschaften und die Bezirksverwaltungsbehörde. Durch Landesgesetze können auch eigene Landesbehörden vorgesehen werden.

Beim Instanzenzug ist die erste Instanz das (Gesundheits-) Amt (in Wien), die zweite Instanz der Landeshauptmann und die dritte Instanz der oberster Minister des Ministeriums für Gesundheit.

Die Landesverwaltung ist für die Ausführungsgesetze zuständig, in welchen die vom Bund erlassenen Grundgesetze, welche nur grobe Leitlinien darstellen, im Detail verwirklicht werden.



7. Erklären Sie den Begriff: selbständiger/übertragener Wirkungsbereich der Gemeinden. Wie ist der Instanzenzug? Welche Materie im Gesundheitswesen vollzieht die Gemeinde im selbständigen Wirkungsbereich?

Der selbständige (eigene) Wirkungsbereich einer Gemeinde umfasst Angelegenheiten, welche primär oder ausschließlich im Interesse der Gemeinde sind und intern abgearbeitet werden. Es erfolgen keine Weisungen der Bundes- und Landesbehörden, diese haben nur ein Aufsichtsrecht.

Der übertragene Wirkungsbereich einer Gemeinde umfasst Angelegenheiten, welche auf Maßgabe der Bundesgesetze/Landesgesetze und nach Weisungen und im Auftrag des Bundes/Landes geschehen. Der Bürgermeister ist hier zuständig.

Im selbstständigen Wirkungsbereich ist die Gemeinde für die Besorgung der örtlichen Gesundheitspolizei verantwortlich. Diese ist verantwortlich für das Hilfs- und Rettungswesen sowie für das Leichen- und Bestattungswesen.

Beim Instanzenzug ist die erste Instanz das (Gesundheits-) Amt (in Wien), die zweite Instanz der Landeshauptmann und die dritte Instanz der oberster Minister des Ministeriums für Gesundheit.

8. Was ist ein Selbstverwaltungskörper? Welche Selbstverwaltungskörper im Gesundheitswesen kennen Sie? Was ist deren Aufgabe?

Selbstverwaltende Körperschaften sind in der Verfassung vorgesehene Einrichtungen, welche einen Sonderstatus besitzen. Ihnen sind durch Verfassungsgesetze und durch einfache Bundesgesetze Rahmenbedingungen gegeben. Sie können sich selbst verwalten, und sind in ihrem eigenen Bereich nicht an Weisungen der staatlichen Behörden gebunden.

Im Gesundheitswesen sind diese Körperschaften die Sozialversicherungsanstalten.

9. Was sind die 15a Verträge? Warum sind sie im Gesundheitswesen wichtig? Welche wichtigen Vereinbarungen gibt es derzeit (ÖSG)?

Das Bundesverfassungsgesetz sieht in Artikel 15a vor, dass „innerstaatliche Staatsverträge“, z.B. zwischen Bund und einem, mehreren oder allen Bundesländern, geschlossen werden können.

Diese regeln unter anderem die Standorte der Spitäler in den Bundesländern sowie deren Bettenzahl insgesamt als auch nach Fachrichtung wichtige Vereinbarung ist die Organisation und Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens für die Jahre 2005 bis 2008.

Dadurch können Maßnahmen im Gesundheitswesen, die verschiedene Kompetenzbereiche im B-VG betreffen, für die der politische Wille einer (österreichweit) möglichst einheitlichen Regelung besteht abgestimmt bzw. einvernehmlich geregelt werden.

10. Was ist der ÖSG?

ÖSG = Österreichische Strukturplan Gesundheit

Die Grundlage des ÖSGs wurde 2005 durch einen neuen, zeitgemäßen Ansatz zur Gesundheitsstrukturplanung vereinbart. Der ÖSG soll das Instrument einer

integrierten Gesundheitsplanung für die gesamte Gesundheitsversorgung werden. Der methodische Ansatz dazu ist die Leistungsangebotsplanung, welche die traditionelle Standort-, Fächerstruktur- und Bettenangebotsplanung ersetzen wird.

11. In welchem einfachen Bundesgesetz sind die Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen geregelt? Wo würden Sie nachsehen, wenn bei einer neuen Regierung die Kompetenzen und Namen der Ministerien geändert werden?

Im Bundesministeriengesetz; dieses ändert sich nach jeder Legislaturperiode. In erster Linie schaut man im Gesetz selbst nach, sonst auch noch im Anhang.

12. Was ist der Oberste Sanitätsrat? Welche Aufgaben hat er?

Der Oberste Sanitätsrat ist eine Einrichtung, die den Bundesminister berät. Medizinische und juristische Kapazitäten versammeln sich dazu regelmäßig mit dem Bundesminister. Aufgaben sind zum Beispiel Leitlinien zu erstellen, wann wer geimpft werden soll.

13. Was ist die AGES, die ÖBIG, was die BSG? Welche Aufgaben haben sie?

*AGES: die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit.

Aufgaben:

- Durchführung von mikrobiologisch-hygienischen, serologischen und physikalisch-chemischen Untersuchungen sowie Erhebung von Antibiotikaresistenzen und Immunitätsdaten.
- Untersuchung und Begutachtung von Proben gemäß dem Lebensmittelgesetz 1975 und der unmittelbar anzuwendenden lebensmittelrechtlichen Vorschriften der EU.
- Untersuchung und Begutachtung von Saat- oder Pflanzgut oder...
- Chargenfreigabe von Arzneispezialitäten, analytische Untersuchungen, theoretische Bewertungen und Begutachtungen von Arzneimitteln...
- Untersuchung und Bewertung von Medizinprodukten.

- Feststellung der Arzneimitteleigenschaft eines Produktes in Abgrenzung zu anderen Produkten.

*ÖBIG: Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen

Ist ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit. Primär für den Bereich Forschung und Planung dem Bundesministerium zugeteilt.

*BSG: Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen

Aufgaben:

- Vollziehung des Arzneimittelgesetzes
- Vollziehung des Arzneiwareneinfuhrgesetzes
- Vollziehung des Blutsicherheitsgesetzes
- Vollziehung des Medizinproduktegesetzes

14. Was ist der Landessanitätsrat und der Landessanitätsdirektor? Was sind die Gesundheitsämter?

Weil auch der Landeshauptmann bzw. die Landesregierung nicht alles wissen, gibt es in jedem Amt der Landesregierung eine eigene Abteilung für Gesundheit, geleitet von einem Arzt und dem Landessanitätsdirektor. Als beratendes Organ steht jedem Amt der Landesregierung ein Landessanitätsrat zur Verfügung.

Auch jede Bezirksverwaltungsbehörde verfügt über eine Gesundheitsabteilung (Gesundheitsamt), die von einer Amtsärztin bzw. einem Amtsarzt geleitet wird. Diese vollziehen die verschiedenen Gesetze in erster Instanz.

15. Welche Institutionen wurden mit der Gesundheitsreform 2005 geschaffen (A: BGA, Landesgesundheitsfonds, Gesundheitsplattformen), welche Aufgaben haben sie?

BGA – Bundesgesundheitsagentur:

– Planung der Gesundheitsversorgung

- der Einsatz und die Weiterentwicklung leistungsorientierter Vergütungssysteme und der Dokumentation
- die strukturierte Verbesserung der Qualität und des Nahtstellenmanagements sowie die
- Förderung des Einsatzes moderner Kommunikationstechnologien (Gesundheitstelematik).
- Organ der Bundesgesundheitsagentur ist die Bundesgesundheitskommission.

Landesgesundheitsfonds:

- Ausgestaltung und Umsetzung der von der Bundesgesundheitsagentur erstellten Planungsgrundsätze, oberste Organe sind die Gesundheitsplattformen auf Länderebene, Vertreter aller Beteiligten werden entsandt.

Gesundheitsplattformen:

- oberste Organe der Landesgesundheitsfonds auf Länderebene.

16. Was verstehen unter Gesundheitspolizei? Zählen Sie einige sanitätspolizeiliche Gesetze auf. Welchen Zweck verfolgt die Sanitätspolizei? Welche Zwangsmaßnahmen könnten zur Durchsetzung vorgesehen sein, die die persönliche Freiheit des einzelnen beschränken? Zählen Sie mindestens 3 davon auf!

Institution im Verantwortungsbereich der Gemeinden, welche für die Bekämpfung und Überwachung übertragbarer Krankheiten bzw. für die Vorbeuge gegen diese verantwortlich ist. Eine Reihe von Gesetzen sind hierfür erlassen.

Auf Bundesebene:

- * EpidemieG
- * TuberkuloseG
- * GeschlechtskrankheitenG
- * AidsG
- * BäderhygieneG
- * BazillenausscheiderG
- * ImpfschadenG

- * SuchmittelG

Auf Länderebene:

- * Leichen- und Bestattungswesen

Die sanitätspolizeilichen Vorschriften dienen der Bekämpfung und Überwachung sowie der Vorbeugung übertragbarer Krankheiten. Zu Sanitätspolizeilichen Maßnahmen zählt auch das Impfwesen.

Maßnahmen

- * Absonderung von Kranken
- * Desinfektion
- * Ausschließung von Personen von Lehranstalten
- * Beschränkung der Wasserbenützung und sonstige Vorsichtsmaßregeln
- * Beschränkung des Lebensmittelverkehrs
- * Abschließung von Wohnungen, Verbot von Totenfeierlichkeiten
- * Maßnahmen in Bezug auf Leichen
- * Vertilgung von Tieren
- * Maßnahmen gegen das Zusammenströmen größerer Menschenmengen

zB im Falle einer Tuberkuloseerkrankung: Behandlungspflicht, Kontrolluntersuchungen, Anweisungen für ein hygienisch einwandfreies Verhalten, Einweisung

17. Warum gibt es eine Liste Anzeigepflichtiger Erkrankungen in § 1 Epidemiegesetz? Welchen Sinn könnte dies haben? Welche Allgemeinen Maßnahmen zur Bekämpfung von Epidemien gibt es? Zählen Sie mindestens 3 davon auf!

Das Epidemiegesetz ist die Rechtsgrundlage für die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Für die adäquate Bekämpfung dieser ist es wichtig, dass das Auftreten einer Krankheit registriert wird, damit notwendige Schritte zur Bekämpfung der Krankheit bzw. zur Vorsorge der Bevölkerung gegen sie getroffen werden können.

Maßnahmen

- * Absonderung von Kranken
- * Desinfektion
- * Ausschließung von Personen von Lehranstalten
- * Beschränkung der Wasserbenützung und sonstige Vorsichtsmaßregeln
- * Beschränkung des Lebensmittelverkehrs
- * Abschließung von Wohnungen, Verbot von Totenfeierlichkeiten
- * Maßnahmen in Bezug auf Leichen
- * Vertilgung von Tieren
- * Maßnahmen gegen das Zusammenströmen größerer Menschenmengen

zB im Falle einer Tuberkuloseerkrankung: Behandlungspflicht, Kontrolluntersuchungen, Anweisungen für ein hygienisch einwandfreies Verhalten, Einweisung

18. Warum fällt das Suchtmittelgesetz unter die Gesundheitspolizei? Was ist im Suchtmittelgesetz geregelt?

Suchtmittel stellen eine erhebliche Gefahr für die menschliche Gesundheit dar und fallen dadurch in den Zuständigkeitbereich der Gesundheitspolizei.

Dem Suchtmittelgesetz unterliegen Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Vorläuferstoffe.

Beschränkungen:

- * Suchtmittel dürfen nur für medizinische, veterinärmedizinische oder wissenschaftliche Zwecke und nur nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes erzeugt, verarbeitet, erworben, besessen, anderen überlassen oder verschafft sowie ein-, aus- oder durchgeführt werden.
- * Wer sie erzeugen und mit ihnen handeln darf...
- * Suchtmittel dürfen nur in Apotheken abgegeben werden.
- * Suchtmittelhaltige Arzneimittel dürfen nur nach Erkenntnissen und Erfahrungen der medizinischen oder veterinärmedizinischen Wissenschaft, insbesondere auch für Schmerz-sowie für Entzugs und

Substitutionsbehandlungen, verschrieben, abgegeben oder im Rahmen einer ärztlichen oder tierärztlichen Behandlung am oder im menschlichen oder tierischen Körper unmittelbar zur Anwendung gebracht werden.

Mißbrauchsbestimmungen: Unterziehung von gesundheitsbezogenen Maßnahmen:

1. die ärztliche Überwachung des Gesundheitszustands,
2. die ärztliche Behandlung einschließlich der Entzugs- und Substitutionsbehandlung,
3. die klinisch-psychologische Beratung und Betreuung,
4. die Psychotherapie sowie
5. die psychosoziale Beratung und Betreuung durch qualifizierte und mit Fragen des Suchtgiftmißbrauchs hinreichend vertraute Personen.

weitere Bestimmungen:

- * Betreuungsangebote
- * Beschränkungen des Verkehrs mit Vorläuferstoffen
- * Strafbestimmungen
- * Einziehung: Ein Suchtmittel, das den Gegenstand einer mit Strafe bedrohten Handlung nach diesem Bundesgesetz bildet, ist nach Maßgabe des § 26 StGB einzuziehen.

19. Warum stellt das Leichen- und Bestattungswesen einen Teil der Gesundheitspolizei dar? Was macht der Totenbeschauerarzt? Wann ist eine Obduktion zwingend vorgesehen?

Nach dem Tod eines Menschen ist die Todesursache generell nicht 100% eindeutig klar. Es ist wichtig zu ermitteln, was diese ist, da diese eventuell eine Gefahr für die Gesamtbevölkerung darstellen könnte (z.B. ansteckende Krankheiten, ...) – dies ist der Zuständigkeitsbereich der Gesundheitspolizei. Auch gilt es die Möglichkeit eines Fremdverschuldens zu überprüfen. Außerdem können Leichen bei mangelnder ordnungsgemäßer Handhabung, speziell in Extremsituationen (z.B. Flutkatastrophen) eine Seuchengefahr darstellen.

Der Totenbeschauerarzt stellt den Tod, Zeitpunkt des Todes und Art und Ursache des Todes fest. Bei ungeklärten Ursachen bzw. Verdacht auf Fremdverschulden ✍

Obduktion. Nach Abschluss der Totenbeschau ausstellen der Totenbescheinigung.
Alle Leichen sind der Totenbeschau zu unterziehen.

Obduktion zwingend, wenn:

- * Gerichtliche Anordnung
- * Sanitätspolizeiliche Anordnung
- * Zur Wahrung öffentlicher bzw. wissenschaftlicher Interessen, wenn in öffentlicher Krankenanstalt verstorben, z.B. wegen diagnostischer Unklarheiten bzw. oder wegen vorgenommenen operativen Eingriff
- * bei ungeklärten Ursachen bzw. Verdacht auf Fremdverschulden

20. Wo suchen Sie eine Definition eines Arzneimittels und eines Medizinproduktes? Wie heißen diese Gesetze? Was ist der Zweck dieser Gesetze? Wozu gibt es eine Zulassung von Arzneimitteln, warum Beschränkungen im Verkehr? Welche sonstigen Pflichten gibt es? (A: Kennzeichnung, Werbeverbote, etc)

Arzneimittel sind potentiell gefährliche Stoffe, welche durch das Arzneimittelgesetz verwaltet werden und auf welche Regeln bezüglich Zulassung und Verkehrbringung (AMG, Arzneimittelleinfuhrgesetz) und Verschreibung (Rezeptpflichtgesetz) festgelegt sind. Viele Arzneimittel können bei falscher oder unnötiger Anwendung gesundheitsschädlich, suchterzeugend oder sogar gefährlich sein, ergo die strengeren Regelungen bezüglich ihnen als bezüglich „ungefährlichen“ Produkten.

Pflichten für das Vertreiben von Arzneimitteln:

- * Kennzeichnungspflicht
- * Einhalten der Werbebeschränkungen
- * Nur zugelassene Mittel verbreiten
- * Produkt muss mit enthaltener Zusammenfassung der Produkteigenschaften (in deutscher Sprache) übereinstimmen
- * Mittel müssen dem Arzneibuch entsprechen
- * Keine Inverkehrbringung bei überschrittenem Verfalldatum

21. Warum gibt es das RezeptpflichtG? Was regelt das RezeptpflichtG.

Viele Arzneimittel können bei falscher oder unnötiger Anwendung gesundheitsschädlich, suchterzeugend oder sogar gefährlich sein, daher ist der Verkehr mit diesen Waren beschränkt. Auf Grundlage des RezeptpflichtG verordnet der BMGF welche Arzneimittel nur auf Grundlage einer ärztlichen Verschreibung abgegeben werden dürfen. Da

* Form eines Rezepts

* Gültigkeit

22. In welchem Gesetz ist die Ausübung des ärztlichen Berufes geregelt? Welche anderen medizinischen Berufe kennen Sie? Zählen Sie mindestens 3 auf!

Im Ärztegesetz. Andere medizinische Berufe: Krankenpfleger, Heilmasseur, physikalische Therapie, OP-Gehilfe, Prosekturgehilfen, MT-Dienste...

23. Was ist die Sozialversicherung? Welcher Unterschied besteht zur Privatversicherung? Welche Sparten der Sozialversicherung kennen Sie? Zählen Sie für jede Sparte die wichtigsten Leistungen auf. Zählen Sie die wichtigsten Sozialversicherungsgesetze (in Abkürzung) auf. Was ist die Wr.GKK, was die AUVA, BVA, PVA. Welche Aufgaben hat der Hauptverband?

Sozialversicherung: Alle Menschen sind versichert. Die Sozialversicherung kann sich ihre Versicherten nicht aussuchen und gewährleistet die Behandlung solange bis der Versicherte wieder gesund ist.

Privatversicherung: Die Privatversicherung sucht sich ihre Versicherten aus. Wenn sie von jemandem zu oft in Anspruch genommen wird, kann derjenige von der Versicherung gekündigt werden. Die Privatversicherung gewährleistet außerdem nur solange die Behandlung, wie es im Vertrag vorgesehen ist.

Sozialversicherungs-Sparten: Kranken-, Unfall-, Pensions-, Arbeitslosen-, Pflegegeldversicherung.

Wichtigste Sozialversicherungsgesetze: ASVG GSVG ...(?)

Wr.GKK - Wiener Gebietskrankenkasse AUVA - Allgemeine Unfallsversicherung BVA
- Beamtenversicherungsanstalt PVA - Pensionsversicherungsanstalt

Hauptverband: Der Hauptverband ist die Dachorganisation von allen
Versicherungsträgern, eine weitere Funktionärssebene mit Richtlinien für die
Gleichberechtigung. Alle Sozialversicherungsträger sind im Hauptverband
zusammengefasst. Aufgaben: - Wahrnehmung der Interessen der
Sozialversicherungsträger - Zentrale Erbringung von Dienstleistungen für die
Sozialversicherungsträger - Erstellung von Richtlinien für die SozVerST (z.B.
einheitliche Vollzugspraxis)

24. Was ist ein Vertrag, was ist ein Behandlungsvertrag? Was ist der Inhalt des Behandlungsvertrages?

Ein Rechtsgeschäft besteht aus einer Willenserklärung, die auf Herbeiführung von
Rechtsfolgen gerichtet ist. Dabei kann es einseitig (z.B. Mieter übt Kündigungsrecht
aus) oder zweiseitig (z.B. Kaufvertrag) sein.

Einige Voraussetzungen des Vertrags

- Geschäftsfähigkeit der Vertragspartner
 - ? Kinder, Geisteskranke, schwer Alkoholisierete...
- Möglichkeit
 - Was geradezu unmöglich ist kann nicht vereinbart werden, zB ein Arzt verpflichtet sich zur Wiederbelebung einer verstorbenen Person
- Erlaubtheit
 - Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot oder die guten Sitten, zB Belohnung für die „Behandlung“ durch einen Wunderdoktor
- Willenserklärungen müssen ohne Zwang erfolgen
 - Beachte jedoch bestimmte Ausnahmen: Behandlungszwang unabweisbarer Patienten in öffentlichen Krankenanstalten

Behandlungsvertrag

- niedergelassener Arzt
- Angehöriger eines Gesundheitsberufes
- Einrichtung des Gesundheitswesens
- Einigung
- mit einer Person
- auf deren Behandlung.

Inhalt des Behandlungsvertrages

- Geschuldet ist idR die Behandlung nach Maßgabe der ärztlichen Wissenschaft und Erfahrung
- nicht jedoch ein bestimmter Behandlungserfolg
- Bei Aufnahme eines Patienten in eine Krankenanstalt
 - Behandlungsvertrag zwischen dem Patienten und dem Rechtsträger der Krankenanstalt
 - Bediensteten des Rechtsträgers sind Erfüllungsgehilfen des Rechtsträgers
- Grundsätzlich formfrei: mündlich, schriftlich oder konkludent (durch schlüssiges Verhalten)

25. Was ist die Zustimmung des Patienten? Warum ist diese extra zum Behandlungsvertrag notwendig? Was ist Voraussetzung der gültigen Zustimmung des Patienten?

Gerade beim Behandlungsvertrag besteht ein hohes Wissensgefälle zwischen Patient und Arzt. Der Arzt hat also die Pflicht, den Patienten aufzuklären, der Patient muss danach seine eindeutige Einwilligung geben.

- Keine Behandlung ohne Zustimmung _ strafbar (§110 StGB)
- Keine Zustimmung ohne vorhergehende Aufklärung
- Zustimmung nur zu bestimmter Behandlung, pauschale Zustimmung zu „jeder Behandlung“ ist unwirksam
- Zustimmung nachweislich und schriftlich (Dokumentationspflicht)
- Zustimmung kann nur entfallen, wenn Dringlichkeit

- Lebensgefahr, Gefahr einer schweren körperlichen Schädigung)
- Zustimmung kann nicht mehr eingeholt werden
- über die Notwendigkeit entscheidet der ärztliche Leiter der Krankenanstalt oder der Abteilungsvorstand

26. Was wissen Sie über die Aufklärungspflicht des Arztes?

Aufklärung ist das Informieren des Patienten über die Natur einer Behandlung, welche gesetzlich vorgegeben ist und vor der Einwilligung des Patienten zu geben ist.

- Art und Umfang nicht gesetzlich determiniert
- Aufklärung setzt vernünftigen Menschen voraus
- Für jeden Menschen individuell nach seinen Möglichkeiten anzupassen, damit seine Entscheidungsfreiheit gewahrt bleibt
- Daher persönliches Gespräch
- Aufklärungsbögen ersetzen nicht das persönliche Gespräch zwischen Arzt und Patient, können aber vorbereiten
- Eine Aufklärung muss zumindest folgende Punkte beinhalten:
 - Diagnose
 - Vorgeschlagene Behandlung
 - Erfolgsaussichten und Risiken
 - Möglichkeiten anderer Behandlungen und deren Erfolgsaussichten und Risiken
 - Aufklärung über häufige (>0,5%) und alle typischen und unmittelbaren Risiken
- Je dringlicher desto oberflächlicher die Aufklärung
- Bei medizinisch nicht-indizierten Maßnahmen (zB reine SchönheitsOP) ist über alle Risiken aufzuklären
- Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters, nicht- Geschäftsfähige ist in Aufklärungsgespräch mit einzubeziehen

27. Welche Pflichten ergeben sich aus dem Behandlungsvertrag bzw. ÄrzteG und welchen Sinn haben diese? (A: Aufklärung, Behandlung, Dokumentation, Verschwiegenheit, Einsicht,..)

Für den Arzt:

*** Aufklärung:**

Aufklärung ist das Informieren des Patienten über die Natur einer Behandlung, welche gesetzlich vorgegeben ist und vor der Einwilligung des Patienten zu geben ist. Gerade beim Behandlungsvertrag besteht ein hohes Wissensgefälle zwischen Patient und Arzt. Der Arzt hat also die Pflicht, den Patienten aufzuklären, der Patient muss danach seine eindeutige Einwilligung geben.

*** Behandlung:**

Durchführung der medizinischen Vorgänge so, wie sie vereinbart wurden und so, wie der Patient sich darauf eingewilligt hat.

*** Dokumentation:**

Zur Beweis- und Therapiesicherung. Es gilt aufzuzeichnen, was der Arzt wann wie gemacht hat, um im Nachhinein Fragen bezüglich Behandlungsfehler leichter klären zu können.

*** Verschwiegenheit:**

Der Arzt hat die Privatsphäre des Patienten nicht mehr zu verletzen als notwendig, er darf private Details des Patienten nicht „einfach so“ an Dritte weitergeben. Ausnahmen bilden: Auskunft an Sozialversicherung, Meldepflicht in der Sanitätspolizei, Meldepflicht bei strafbaren Handlungen, ...

*** Einsichtsrecht:**

Der Patient hat das Recht, die Einsicht in seine Krankenakte zu verlangen.

Für den Patienten:

***Krankenschein/E-Card:**

Der Patient muss den medizinischen Einrichtungen Zugriff zu seiner Krankenversicherung geben

*Mitwirkungspflicht:

Der Patient muss mit dem Arzt zu kooperieren bereit sein.

28. Was ist der Schadenersatz? Erklären Sie die Begriffe Vertragshaftung, Deliktshaftung.

Der Schadenersatz dient dem Ausgleich der Schäden, die eine Person erlitten hat, durch

- ein Verhalten (Tun oder Unterlassen) der schädigenden Person
- Rechtswidrigkeit dieses Verhaltens
- Schuld (ist generell Voraussetzung, Ausnahmen bestehen, u.a. Gefährdungshaftung(KFZ), ...)

Schadenersatz ist von der Strafe – der Schuld gegen dem Staat, welches die motivation zu sozial unerwünschtem Verhalten lindern soll – zu differenzieren, hier tritt die Schuld von einer Person zu einer anderen auf.

Vertragshaftung: Wenn ein Vertrag nicht erfüllt wurde und in der Ausübung der Vertragspflichten Schaden entstanden ist. Dadurch haftet man aus dem Vertrag (man muss dem Geschädigten alles bezahlen).

Deliktshaftung: Es existiert kein Vertrag zwischen den Betroffenen, es ist jedoch Schaden entstanden. Man haftet aus dem Delikt, d.h. man muss dem Geschädigten alles was an Vermögen vernichtet wurde bezahlen; bei erhöhtem Verschulden (grob fahrlässig; vorsätzlich) muss man auch den Neuwert der beschädigten Dinge bezahlen.

29. Nennen Sie die vier Voraussetzungen des Schadenersatzes nach allgemeiner Regelung. Was ist bei der Gefährdungshaftung anders?

1. Schaden
2. Kausalität (adäquat, Alternativverhalten?)
3. Rechtswidrigkeit (Normverletzung?)
4. Schuldhaftigkeit (nicht bei sogenannter Gefährdungshaftung)

Gefährdungshaftung: Unter Gefährdungshaftung wird jede Haftung für eine typische (in der Regel technische) Betriebsgefahr verstanden. Sie fragt nur nach der Verursachung des Schadens, nicht nach subjektivem oder objektivem Verschulden oder einer Sorgfaltswidrigkeit.

30. Was ist ein Personenschaden, Sachschaden, reiner Vermögensschaden?

*Personenschaden:

Befasst sich mit Leib und Leben, Gesundheit, Ehre, Freiheit, geschlechtlicher Selbstbestimmung und Persönlichkeitsrechten. Finanziell zu ersetzen sind hier: Heilungskosten, Verdienstentgang, Schmerzensgeld. Der Ersatz erfolgt schon ab leichter Fahrlässigkeit.

*Sachschaden:

Schäden am Eigentum.

*Vermögensschaden:

Umfasst wirklichen Schaden (Vermögensunterschied), entgangenen Gewinn und besondere Vorlieben (z.B. Haustiere). Werden bei Delikt nur ersetzt bei besonderem Verschuldensgrad, Schutzgesetzverletzung,..

31. Was ist das Schmerzensgeld?

= echter Schadenersatz und zwar als Ersatz ideellen / immateriellen Schadens, der im Zusammenhang mit einer Körperverletzung – als selbständige Kategorie –

entsteht. -> Der Schmerzensgeldanspruch mindert sich daher bei Mitverschulden des Verletzten.

Das Schmerzensgeld soll alle Schmerzempfindungen abgelden, also:

- körperliche und seelische Schmerzen
- Bewusstsein eines allfälligen Dauerschadens
- Bewusstsein der Gefahr der Verschlechterung.

Es soll einerseits Unlustgefühle ausgleichen und andererseits gewisse Annehmlichkeiten und Erleichterungen verschaffen.

- Bewusstlosigkeit schließt Schmerzensgeld nicht aus
- Auch bei Körperverletzungen, die keine Bewusstlosigkeit und Schmerzen verursachen: zB Abschneiden der Haare...
- Auch bei Verlust des Schmerzempfindens
- bei Freiheitsentzug
- Bei ärztlichen Behandlungsfehlern oder einwilligungsloser medizinischer Behandlung

32. Was ist die Gehilfenhaftung? Was ist der Erfüllungsgehilfe im Gegensatz zum Besorgungsgehilfen?

Personen, insbesondere Unternehmer, handeln vielfach nicht selber, sondern bedienen sich ihrer Gehilfen; zB Angestellte. Die Gehilfenhaftung ist die Haftung des Geschäftsherrn / Unternehmers für fremdes Verschulden, sie hat also große praktische Bedeutung.

- da der Grundsatz durchbrochen wird, dass nur für eigenes Verschulden gehaftet wird: § 1313 ABGB.

- Manche Berufe: persönliche Ausübungspflicht (vgl § 49 Abs 2 ÄrzteG), aber im Spital etwas anders

Erfüllungsgehilfen

- §1313a : „Wer einem andern [insbesondere vertraglich] zu einer Leistung verpflichtet ist, haftet ihm für das Verschulden ... der Personen, deren er sich zur Erfüllung bedient, wie für sein eigenes.“
- ? ob der Gehilfe die Schädigung im Rahmen der Interessenverfolgung des Unternehmers getätigt hat
- Der Erfüllungsgehilfe selbst haftet dem Geschädigten gegenüber nur deliktisch -> Dh auch Umkehr der Beweislast

Besorgungsgehilfe § 1315 ABGB

1. § 1315 ABGB „Überhaupt haftet derjenige, welcher sich einer untüchtigen oder wissentlich einer gefährlichen Person zur Besorgung seiner Angelegenheiten bedient, für den Schaden, den sie in dieser Eigenschaft einem Dritten zufügt.“
2. stets Deliktshaftung,
3. Geschäftsherr haftet „subsidiär“ bei
 - Untüchtigkeit oder
 - wissentlicher Gefährlichkeit des Gehilfen.
4. =Auswahlverschulden 5. Gesetzlich geregelte „Gehilfenhaftungen“
6. Bestimmte Gehilfenhaftungen sind gesetzlich besonders geregelt: Arbeitnehmerhaftung nach dem D(N)HG, AHG und OrgHG

33. Was ist die Sachverständigenhaftung? Trifft sie Ärzte, Krankenpfleger und andere Gesundheitsberufe? Trifft sie Kurpfuscher und Wunderheiler?

Sachverständigenhaftung

- „ Wer sich zu einem Amte, zu einer Kunst, zu einem Gewerbe oder Handwerke öffentlich bekennet; oder wer ohne Not freiwillig ein Geschäft übernimmt, dessen Ausführung eigene Kunstkenntnisse, oder einen nicht gewöhnlichen Fleiß erfordert, gibt dadurch zu erkennen, daß er sich den notwendigen Fleiß und die erforderlichen, nicht gewöhnlichen, Kenntnisse zutraue; er muß daher den Mangel derselben vertreten. Hat aber derjenige, welcher ihm das Geschäft überließ, die Unerfahrenheit desselben gewußt; oder bei gewöhnlicher Aufmerksamkeit wissen können, so fällt zugleich dem Letzteren ein Versehen zur Last.“
- zB für: Ärzte, Krankenschwestern, Rechtsanwälte, Notare, Kreditinstitute

- für alle Personen, die „sich zu einem Amte, zu einer Kunst, zu einem Gewerbe oder Handwerke öffentlich“ bekennen und deren „Ausführung eigene Kunstkenntnisse oder einen nicht gewöhnlichen Fleiß“ erfordern ...
- Öffentlich bekennen (falsche Ärzte...-> Wunderheiler & Kurpfuscher??)
- Entgeltliche Verträge gemeint, ansonsten haftet man für einen unentgeltlichen Rat nur dann, wenn er wissentlich falsch ist (§1300 ABGB)

**34. Was ist der Inhalt des Behandlungsvertrages? Was wird geschuldet idR?
Wie ist eine Überweisung idR zu beurteilen, wie ein Konsilium? Was ist ein
Krankenhausaufnahmevertrag, ein Behandlungszusatzvertrag, Sonderklasse,
Belegarzt (Belegvertrag)?**

Der Behandlungsvertrag

- Sonderfall des § 1299 ABGB rechtliche
- Grundlage der Beziehung zwischen Krankenanstalt/Arzt und Patient/in.
- Eine bestimmte Form für den Abschluss eines BVs nicht vorgeschrieben,
- IdR bloß mündlich und häufig konkludent abgeschlossen.
- Aus dem Behandlungsvertrag heraus entsteht – bei längerer Dauer – das Behandlungsverhältnis, das auf jeder Seite unterschiedliche und u. U. vielfältige und sich wiederholende Rechte und Pflichten entstehen lässt.

Einfacher Behandlungsvertrag

- Unmittelbare und persönliche Behandlungspflicht (§49 Ärzte Gesetz.)
- Gegen Entgelt
- Verschiedene Haupt- und Nebenpflichten
- z.B. Aufklärung, Einsicht, Verschwiegenheit...,
- Bei Patient Mitwirkung

Was wird geschuldet idR??

Überweisung an anderen Arzt zur Behandlung, idR neue vertraglichen Beziehung

Der überweisende Arzt haftet für Auswahl

Konsiliararzt zu Rate gezogen_ idR keine (eigene)Rechtsbeziehung. Vielmehr bleibt der erste Arzt ausschliesslicher Vertragspartner des Patienten. (Erfüllungsgehilfe)

Krankenhausaufnahmevertrag

- Bei gemeinnützigen Krankenanstalten
- Kontrahierungszwang mit anstaltsbedürftigen Personen
- Private: nur unabweisbare Patienten müssen aufgenommen werden
- Inhalt: immer sachgemäße Behandlung und Pflege, vgl Bestimmungen in den KAG
- Vertrag zwischen Krankenhausträger und Patient

Behandlungszusatzvertrag

- mit einem idR leitenden Spitalsarzt ab, der darin die persönliche medizinische Betreuung zusagt
- Die anfallenden zusätzlichen Behandlungskosten übernimmt idR eine private (Kranken)Zusatzversicherung.
- Krankenhausträger und leitender Spitalsarzt haften aus einer solchen Vertragsbeziehung gemeinsam – dh solidarisch – für die medizinische Behandlung von Patienten/innen.

Mischformen des Behandlungsvertrags

- Bei Aufnahme in die Sonderklasse einer Krankenanstalt wird ebenso ein modifizierter Behandlungsvertrag geschlossen wie bei der
- Behandlung in einem (Privat)Sanatorium
- durch einen Belegarzt

Belegarzt

- Grundsätzlich Vertrag zwischen Arzt und Patient, Belegspital stellt Einrichtung zur Verfügung: Belegärzte haften – mangels gegenteiliger Vereinbarung – auch für das ihnen vom Rechtsträger des Spitals zur Verfügung gestellte Personal. Das Personal des Belegspitals wird idR als Erfüllungsgehilfe des Belegarztes tätig.
- In der Praxis schließen Patienten aber nicht nur mit dem Belegarzt einen (Behandlungs)Vertrag, sondern für Verpflegung und Unterbringung auch einen Aufnahmevertrag mit dem Belegspital, zB einem Sanatorium. Die Grenzziehung ist in der Praxis aber oft unsicher